

Stellungnahme der SPD Fraktion zum Haushalt 2022 - Ergebnis-, Finanz- und Investitionsplan

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pöttsch,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Bürgerinnen und Bürger

Waldkraiburg ist eine lebenswerte Stadt und soll es in Zukunft bleiben. Um das zu erreichen, muss man sich den Herausforderungen der Zeit stellen. Die Kommunen befinden sich in einer Umbruchsituation:

- Der demografische Wandel und die Alterung unserer Gesellschaft müssen angenommen und bewältigt werden.
- Die Folgen des Klimawandels werden immer bedrückender sichtbar. Der Klimaschutz verlangt neue Strategien und Lösungen.
- Die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung und auch in den Schulen und im Schulunterricht muss in einem wesentlich höheren Tempo umgesetzt werden.

Die Pandemie hat in den letzten zwei Jahren manche dieser Herausforderungen noch deutlicher gemacht. Sie belastet zusätzlich die Wirtschaft und verlangt von den Kommunen höhere Ausgaben bei geringeren Einnahmen, etwa im Bereich der Gewerbesteuer. Dies gilt auch für Waldkraiburg.

Auch für unsere Kommune trifft zu, dass wir die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie erst noch zu spüren bekommen werden. Alle zukunftsweisenden Prognosen zu vorhandenen Daten basieren auf „könnte“ oder „wahrscheinlich“. Die wirtschaftliche Lage vieler Unternehmen und Geschäfte muss sich erst wieder nach Ende der Einschränkungen neu einordnen. Mit deutlichen Einbußen in finanzieller Hinsicht ist daher auf allen Ebenen zu rechnen. Dieser Absatz ist aus meiner Haushaltsrede von 2021 und kann eins zu eins übernommen werden.

Erschwerend kommt die Situation in der Ukraine dazu. Dieser Krieg ist nicht planbar, ein außer Kontrolle geratener Diktator ist nicht mehr rational in seinem Handeln. Die Sanktionen der EU sind wichtig und hoffentlich der richtige Weg, um diesen Krieg zu beenden. Aber auch wir werden unter den hohen Spritpreisen und den erhöhten Lebenshaltungskosten zu leiden haben.

Zu Beginn meines schriftlichen Berichtes **möchte ich der Verwaltung im Namen der SPD Fraktion, für den in schwierigen Zeiten erstellten Haushaltsplan und die Darstellung in verständlicher Form, sehr herzlich danken.**

Sie haben sich große Mühe gegeben, die finanziellen Tatsachen - von Seiten des Herrn Bürgermeisters positiv dargestellten Finanzen - auf das realistische Maß herunter zu brechen und Tatsachen sprechen zu lassen.

Dieser Haushaltsplan steht auf sehr wackligen Beinen. Die Fakten zeigen sehr deutlich, dass sich die wirtschaftliche, finanzielle und politische Lage genauso entwickelt hat, wie wir es beschrieben haben und dies bereits vor einem Jahr von unserer Fraktion angemerkt wurde.

Wir werden Einbußen hinnehmen müssen (Fördergelder werden nicht wie gewohnt fließen, Schwierigkeiten liegen auch beim Bund) und manche Projekte werden nicht mehr umgesetzt werden können (z.B. Pflichtaufgaben).

Unsere Verschuldung war und ist noch nie so hoch geplant worden, wie in diesem Haushalt 2022. **32,5 Mio. Euro zusätzlich** zu den bereits vorhandenen **13 Mio. Euro Schulden** kommen noch dazu.

Die unsicheren Fakten und die auch auf absehbare Zeit nicht kalkulierbaren Daten, machen die Finanzentwicklung der Stadt Waldkraiburg zu einem großen Fragezeichen. Und damit zu einem Pulverfass, das uns irgendwann einmal um die Ohren fliegen kann. Wie sich die finanziellen Beteiligungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs entwickeln, ist ebenfalls nicht erkennbar.

In meiner Rede zum Haushalt 2021 habe ich einen Fraktionsvorsitzenden zitiert, der das Prinzip Hoffnung in Bezug zum Haushalt bringt. Dieses Jahr muss es leider schon heißen „**verzweifelte Hoffnung**“.

Ein unsicherer Faktor ist auch die Entwicklung der Einkommenssteuer. Bis 2024 sollen es 14,2 Mio. Euro sein, das wären 2,3 Mio. Euro mehr. Ungeklärt ist weiterhin wie es mit dem Bevölkerungszuwachs aussieht. Davon hängen die Schlüsselzuweisungen ab, werden einkommensstarke Familien nach Waldkraiburg ziehen, werden sich die Einkommensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger verbessern?

Die Eckdaten sind unserer Meinung nach nicht realistisch. Die Gewerbesteuer wird sich mit 14,9 Mio. Euro nicht so entwickeln wie erwartet. Die Belastung in den Betrieben durch Energiekosten, durch die Ukraine Krise und durch die unsichere energiepolitische Weltlage werden steigen.

Die Einkommenssteuer Einnahmen werden sinken, da sich die Energiekosten auch in den Haushalten von Familien als negativ darstellen.

Die Schlüsselzuweisungen werden sich reduzieren, da auch Bund und Länder Einsparungen vornehmen müssen.

51 Mio. Euro Einnahmen stehen **rund 56 Mio. Euro an Belastungen** gegenüber, hier entsteht ein Einsparbedürfnis von mehreren Millionen. Diese Belastungen auf die Investitionstätigkeiten im Bereich der Pflichtaufgaben umzulegen, halten wir für falsch. **Pflichtaufgaben sind vorrangig zu erfüllen.**

Dieser Haushalt ist ein Schlüsselhaushalt und eine Weichenstellung für eine ganze Reihe finanzintensiver Entscheidungen.

Die Verantwortlichen der öffentlichen Gelder - also der Stadtrat, unterstützt durch die Verwaltung - müssen zwingend notwendig getroffene oder auch anstehende Beschlüsse nochmals hinterfragen, wenn sich die finanziellen Rahmenbedingungen so massiv verändern, wie das derzeit der Fall ist!

Es kommt natürlich auf das richtige Maß und die Gewichtung in der Umsetzung an, wenn der Staat und die Kommunen in Krisenzeiten investieren, um Wirtschaft und Arbeitsplätze aufrecht zu erhalten.

Die nötigen Investitionen bis zu **34 %**, die im **Investitionshaushalt für Kindergärten und Schulen enthalten sind, können wir mittragen und unterstützen. Sie gehören zu den Pflichtaufgaben einer Stadt, die Vorrang haben müssen.** Bei absehbar zunehmender Bevölkerung muss auch der Spielplatzausbau in den nächsten Jahren mit aufgenommen werden.

Die restlichen Investitionen **des 77 Millionen** großen Investitionspaketes der nächsten **5 Jahre** verteilen sich wie folgt: **25%** Rathaus, **16%** Waldbad, **5%** Straßen, **20%** Sonstiges. Ob die Fertigstellung einzelner Projekte möglicherweise kostenintensiv gestoppt werden muss, ob Maßnahmen zu Gunsten der getroffenen Priorisierung teilweise bzw. ganz entfallen oder ob dem enormen Zeitdruck der Bauzeit (Erhalt von Fördermitteln) geschuldet die geplanten Auszahlungen stand halten können, wird sich in den nächsten Jahren nachhaltig aber hoffentlich nicht schmerzlich zeigen.

Seit Jahren **fordern wir als SPD Fraktion**, mehr Investitionen im Kindergarten- und Betreuungsbereich einzustellen und zu berücksichtigen. Weitere Investitionen in diesem Sektor sind zu erwarten, siehe neue Container, Umzug in Ausweichquartiere und erhöhte Bedarfszahlen.

Ein belastender Baustein und größter Einzelposten im Investitionsplan ist **das Rathaus, dessen Neubau wir als SPD Fraktion aus vorgenannten Gründen ablehnend gegenüber stehen.**

Wird das Investitionsprogramm umgesetzt wie geplant, werden wir **in den kommenden Jahren** auf einem Schuldenberg von **45,5 Mio. Euro** sitzen. Weitere **8,7 Mio. Euro**

Kreditbedarf stehen ab 2025 an. Was eine Veränderung des Zinsgefüges für die dauernde Leistungsfähigkeit bedeutet, sei hier nur angesprochen.

Diese Zahlen beinhalten bei weitem noch nicht **alle Pflichtaufgaben, die wir zu erfüllen haben!**

Die enorme Schuldenlast sehen wir sehr kritisch. Dies umso mehr, als wir nicht der Meinung sind, dass in den kommenden Jahren eine Senkung der Kreisumlage zu erwarten ist; es wäre bereits ein Erfolg, wenn die derzeitigen Sätze erhalten blieben. Immerhin belastet der Punkt Kreisumlage, je nach Umlagekraft die Stadt Waldkraiburg im Jahr mit **275.000 bis 300.000 Euro!**

Man muss hinterfragen und Antworten finden, vor allem wenn es um Projekte geht, die man gerne umsetzen möchte, aber keine kommunalrechtliche Priorität haben. **Beim Rathaus ist unserer Meinung nach eine Sanierung nicht ausreichend und zielorientiert hinterfragt worden.** Ist das Vorhaben bei der dargestellten Verschuldung so umsetzbar oder muss man auch über alternative Lösungen mit einer geringeren finanziellen Belastung bzw. einer Belastungstreckung nachdenken. Ein Architektenwettbewerb nur für einen Neubau ist für unsere Fraktion zu einseitig. Man muss den Bürgern schon erklären können, warum ein Neubau und nicht eine Sanierung die konstruktivere Konsequenz wäre.

Die Berechnungen von **2018** zeigten bei einer Sanierung **19,4 Mio. Euro**, bei einem Neubau **24,5 Mio. Euro**. Dabei sind auch die eingestellten finanziellen Entlastungen über Zuschüsse und Grundstückserlöse bisher reine Annahmen und keinesfalls als Finanzierungsbeitrag zum Neubau gesichert

Zum Thema **Nachverdichtung in Waldkraiburg** – eines der großen Probleme bei starken Nachfragen nach Bauplätzen, Wohnungen usw. – steht jetzt zumindest die Erstellung eines Verkehrskonzeptes auf dem Plan. Von unserer Fraktion seit einigen Jahren gefordert, tut sich in dieser Hinsicht etwas. Dazu möchten wir anmerken, eine Verdichtung um jeden Preis hat nicht unsere Priorität. Es ist wichtig, dass Wohnkultur, sich Wohlfühlen und die Wohnqualität im Einklang stehen mit der Erhaltung von Raum für die Natur und der Entwicklung im ökologischen Bereich. Dabei darf man diese Bereiche jedoch keinesfalls gegeneinander ausspielen.

Bei aller **notwendigen Schaffung von neuen Wohnungen** ist nicht zu vergessen, **bezahlbaren Wohnraum für unsere finanziell schwächeren Bürgerinnen und Bürgern** zu schaffen. Deshalb **erachten wir als SPD Fraktion es als zwingend notwendig**, den Sozialen Wohnungsbau auch weiterhin zu berücksichtigen und zu fördern, zumal der qm Preis in Waldkraiburg **die 10 Euro Marke** bereits erreicht hat.

Zur Personalsituation im Rathaus:

Hat sich hier seit dem letzten Jahr etwas zum Positiven verändert?

Fluktuation aktuell und Personalbedarf in der Zukunft sind für uns auffällig.

Einige Beschäftigte, die wir sogar ausgebildet haben, haben uns verlassen oder die Hoffnungen auf eine adäquate Einstellung nach der Ausbildung erfüllen sich nicht.

34 Personen aus der mittleren Führungsschicht haben unserem Rathaus in den letzten 3-4 Jahren den Rücken gekehrt.

Für uns stellt sich immer noch die Frage, liegt es am Personal- oder am Organisationsentwicklungsprozess, indem man nur manche mitnimmt, andere aber „vergisst“?

Liegt es an der externen Beratung? Die Umorganisation kostet uns **in 3 Jahren ca. 150 000 Euro**. Wie geht es in diesem Bereich weiter und reicht das aus?

Vielleicht sollte man da sparen und weiter auf unser qualifiziertes Personal setzen.

Wie sieht es mit der Wertschätzung langjähriger Mitarbeiter*innen aus? Haben wir die richtigen Führungskräfte?

Notwendig ist unserer Ansicht nach ein Ausbau der Ausbildung im eigenen Haus aller Verwaltungsbereiche. Nur wenn man selbst ausbildet, gibt es eine positive Identifikation zur eigenen Verwaltung.

Seit Jahren betätigen wir uns als Mahner und Hinweisgeber, die Schulden und die Neuverschuldung betreffend, haben Lösungen oder Alternativen vorgeschlagen. Dafür sind wir teilweise belächelt worden. Aber meine Damen und Herren, die Tatsachen haben Sie eingeholt.

Wir schlagen daher eine Verschiebung des Rathaus Neubaus vor, um einer Neuverschuldung entgegen zu wirken.

Die SPD Fraktion wird den Haushalt 2022 mit dieser enormen Schuldenbelastung ablehnen. Wir möchten auch in Zukunft als Stadträte selbst über die Entwicklung unserer Stadt entscheiden können, und nicht von einer übergeordneten Stelle in unserer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt werden. Das kann leicht passieren, wenn die Verschuldung einer Kommune zu groß ist.

Richard Fischer

Fraktionssprecher der SPD